

## Fragen

**für die Fragestunde der 227. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 13. März 2013**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 25
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	7, 42	Kramme, Anette (SPD)	43, 44
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	26, 27	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 22
Deligöz, Ekin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	23, 24
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	12, 29	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Herzog, Gustav (SPD)	8, 9	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	1, 2
Höger, Inge (DIE LINKE.)	3	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	38, 39
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	36, 37	Wagner, Arfst (Schleswig) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	32, 33		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	30, 31		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 28		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)  
Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus der Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof am 7. März 2013 bezüglich der verpflichtenden elektronischen Einzeltierkennzeichnung von Schafen oder Ziegen, und welche Aktivitäten wird sie ergreifen, um zu einer Bestandskennzeichnung zurückzukehren?
  
2. Abgeordnete  
**Dr. Kirsten  
Tackmann**  
(DIE LINKE.)  
Wie positioniert sich die Bundesregierung zum Vorschlag des Agrarausschusses des Bundesrates vom 4. März 2013, eine verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Eiern und Eiprodukten in verarbeiteten Lebensmitteln einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

3. Abgeordnete  
**Inge  
Höger**  
(DIE LINKE.)  
Ist das Bundesministerium der Verteidigung bzw. die Bundeswehr direkt oder indirekt (z. B. durch Forschungsk Kooperationen) an dem Projekt „SAGITTA – Open Innovation“ von Cassidian, der Rüstungssparte der Firma EADS, beteiligt, und wenn ja, in welcher Weise unterstützt sie die im Rahmen dieses Projekts geplante Erstellung eines UAV-Demonstrators und damit die Entwicklung einer Kampfdrohne?
  
4. Abgeordnete  
**Katja  
Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Worin bestand die Unterstützung an AFISMA durch die von deutschen Streitkräften in der Luft betankten französischen Flugzeuge, und standen diese unter französischem Kommando oder dem von AFISMA?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

5. Abgeordnete  
**Ekin  
Deligöz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Haben Erkenntnisse aus der von der Bundesregierung veranlassten Evaluation der Familienleistungen zu der öffentlich erklärten Absicht beigetragen, ein Familiensplitting einzuführen, und wenn ja, welche Untersuchungsergebnisse genau wurden hierzu herangezogen?
6. Abgeordnete  
**Ekin  
Deligöz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Warum agiert die Bundesregierung gegen gesetzliche Quoten und die entsprechende EU-Richtlinie, obwohl Einigkeit darüber besteht, dass mehr Frauen in Aufsichtsräten gebraucht werden und Erfahrungen der europäischen Nachbarn zeigen, dass Quotengesetze diesen Prozess beschleunigen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

7. Abgeordnete  
**Dr. Martina  
Bunge**  
(DIE LINKE.) Ist es nach Ansicht der Bundesregierung derzeit möglich, durch entsprechende Wahltarife oder andere Angebote der gesetzlichen Krankenkassen die Versicherungsstruktur zu optimieren – also durch Anlocken von Versicherten, für die weniger Ausgaben als Einnahmen zu erwarten sind – und so einen höheren Überschuss zu erzielen, und findet eine solche Optimierung durch Wahltarife derzeit statt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

8. Abgeordneter  
**Gustav  
Herzog**  
(SPD) Wie ist der Stand der Entwicklung des IT-Projekts „ASS-online“ zur internetgestützten Fahrtanmeldung, -verfolgung und -abrechnung für die Binnenschifffahrt, und wann beabsichtigt die Bundesregierung die Einführung der elektronischen Abgabenerhebung in der Binnenschifffahrt, um das laut Betroffenen sowohl für die Schifffahrt wie auch für die Verwaltung derzeit sehr aufwendige Abfertigungssystem abzulösen?

9. Abgeordneter  
**Gustav Herzog**  
(SPD)
- Wann hält die Bundesregierung das Verfahren zur variantenunabhängigen Untersuchung zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen für abgeschlossen, und wann kommt die Bundesregierung zu einer abschließenden Entscheidung, wie dieser Flussabschnitt ausgebaut werden soll?
10. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen wurden am 6. März 2013 die Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel gesperrt, obwohl die Mittel zur Sanierung der Schleusen seit Anfang 2012 zur Verfügung stehen und der symbolische Spatenstich mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, bereits am 17. April 2012 erfolgte (vgl. Hamburger Abendblatt vom 7. März 2013), und ab wann kann der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, den reibungslosen Verkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal wieder garantieren?
11. Abgeordnete  
**Dr. Valerie Wilms**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung sich für den mindestens 2 Mrd. Euro teureren Weiterbau von Stuttgart 21 ausgesprochen, wenn damit nach Aussage von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer gegenüber der „BILD Zeitung“ vom 7. März 2013 das Risiko von Fahrpreiserhöhungen verbunden ist, und inwiefern kann die Bundesregierung die Rechnung von Prof. Christian Böttger von der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin bestätigen, wonach die Deutsche Bahn AG die Preise um 3 Prozent erhöhen muss, um die Mehrkosten von Stuttgart 21 zu finanzieren (welt.de, „Kretschmann empört über Ramsauers Preisdrohung“)?
12. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung die Mehrkosten für den Weiterbau des Bahnprojektes Stuttgart 21 bereits im neuen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr eingepreist?
13. Abgeordnete  
**Cornelia Behm**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit führt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Juli 2012 zum Bau der U-Bahnlinie 5 in Berlin zu einer neuen Rechtslage und damit auch zu einer neuen Genehmigungssituation für den Lückenschluss von Berlin-Südkreuz nach Mahlow auf der sogenannten Dresdner Bahn, die deshalb nach Berichten in der „Berliner Zeitung“ vom

7. März 2013 erst 2022 fertiggestellt sein könnte, und von welchem Zeitverzug geht die Bundesregierung derzeit aus?

14. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Forderungen nach Rückerstattung von Mautbeiträgen ein, die vor dem Hintergrund der Ungültigkeit der Mauthöheverordnung zwischen 2003 und 2007 entsprechend dem Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 25. Oktober 2012 zu erwarten sind, und aus welchen Titeln des Bundeshaushaltes beabsichtigt die Bundesregierung diese zu decken?
15. Abgeordneter  
**Dr. Anton Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für Fragen der Teilungsverwaltung bzw. Bundesbeteiligung im Verkehrssektor tätig, und wie schlüsselt sich diese Mitarbeiterzahl auf die einzelnen Beteiligungen auf?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

16. Abgeordnete  
**Sylvia Kötting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche zulässigen Nichtverfügbarkeiten und Instandsetzungen eines der beiden Notkühlsysteme im Kernkraftwerk Gundremmingen, die gegen das Bemessungserdbeben ausgelegt sind, ist im Betriebshandbuch festgelegt, dass die Anlage nicht vorher abgefahren werden muss (also im Unterschied zu solchen, die die Bundesregierung im vorletzten Satz ihrer Antwort auf die Mündliche Frage 56 im Plenarprotokoll 17/224, Anlage 31 nennt, bei denen die Anlage vorher abgefahren werden muss), und insbesondere welche konkreten zeitlichen Bedingungen und Dauern regelt das Betriebshandbuch für diese Fälle?
17. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem am 6. März 2013 vorgestellten Appell des Bündnisses „Klimaallianz Deutschland“ (vgl. [www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2013/03/Positionspapier\\_sozial\\_gerechte\\_energiewende2013\\_SPERRFRIST06032013.pdf](http://www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2013/03/Positionspapier_sozial_gerechte_energiewende2013_SPERRFRIST06032013.pdf)), in dem u. a. die Bedeutung des Erfolges der Ener-

giewende für die internationale Ebene verdeutlicht wird, und wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand hinsichtlich des angekündigten, jedoch bislang nicht gegründeten Clubs der Energiewendestaaten?

18. Abgeordneter  
**Dr. Hermann E. Ott**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Schirmherrn Prof. Dr. Klaus Töpfer u. a., dass die Energiewende mehr als eine Preisdebatte sei, Klimawandel und die Reaktorkatastrophe von Fukushima als die Auslöser der Energiewende nicht vergessen werden dürften und die ökologische und soziale Dimension der Energiewende nicht im Widerspruch zueinander stünden (vgl. [www.die-klima-allianz.de/pressemitteilung-energiewende-ist-mehr-als-eine-preisdebatte-gemeinschaftswerk-sozial-gestalten-3/](http://www.die-klima-allianz.de/pressemitteilung-energiewende-ist-mehr-als-eine-preisdebatte-gemeinschaftswerk-sozial-gestalten-3/)), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
19. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe hat der erneute Förderstopp beim Mini-Kraft-Wärme-Kopplung-Impulsprogramm, und warum wird dieser Förderstopp auf den Internetseiten der Bundesregierung nicht transparent gemacht?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

20. Abgeordneter  
**Arfst Wagner**  
(Schleswig)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wurde das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Programm AQUA (Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt) der Otto Benecke Stiftung e. V., welches Weiterbildungskurse für inländische und ausländische arbeitslose und arbeitssuchende Akademikerinnen und Akademiker anbietet, zu Mitte Februar 2013 eingestellt, und wenn ja, aus welchen Gründen?
21. Abgeordneter  
**Arfst Wagner**  
(Schleswig)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Fördermaßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um zu gewährleisten, dass – trotz der Beendigung des Programmes AQUA – im Ausland qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker, die auf die finanzielle Förderung angewiesen sind, weiterhin an nachqualifizierenden Maßnahmen mit dem Ziel der Anerkennung ihres Be-

rufsabschlusses in Deutschland teilnehmen können, und welche konkreten Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Kenntnisprüfung für Ärzte mit Drittstaatsqualifikationen, die bisher über AQUA liefen, werden künftig alternativ angeboten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

22. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den jüngsten Entscheidungen zur Befreiung der Industrie von den Netzentgelten nach § 19 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) (Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 6. März 2013 und die am gleichen Tag erfolgte Einleitung eines Beihilfeverfahrens durch die Europäische Kommission), und welche konkreten Änderungen plant die Bundesregierung an der StromNEV vorzunehmen?
23. Abgeordneter  
**Niema  
Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Wie steht die Bundesregierung zu möglichen Maßnahmen im Rahmen des geplanten Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Thailand, die über die Schutzstandards des TRIPS-Abkommens der Welthandelsorganisation hinausgehen und den Handel und bezahlbaren Zugang zu Medikamenten, insbesondere Generika, gefährden können, und wie bewertet sie die mögliche Aufnahme so genannter investor-state-dispute-provisions in das geplante Freihandelsabkommen bezüglich deren einschränkenden Auswirkungen auf den legitimen Generikahandel?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

24. Abgeordneter  
**Niema  
Movassat**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den jüngsten Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in dem dieser unter anderem beschloss, die humanitäre Hilfe der internationalen Gemeinschaft in Somalia in die dortigen militärischen Strukturen zu integrieren und das Embargo auf den Export von Handfeuerwaffen nach Somalia zu lockern, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung in diesem

Zusammenhang gegenüber der durch Ärzte ohne Grenzen geäußerten Kritik an einer derartigen Verzahnung ein, dass dadurch die „humanitären Organisationen zu Erfüllungsgehilfen zur Bekämpfung von Aufständen oder zur militärischen Stabilisierung zwangsverpflichtet werden“ und hierdurch im Weiteren die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von internationalen Hilfsorganisationen massiv gefährdet wird (Pressemitteilung von Ärzte ohne Grenzen e. V., 28. Februar 2013, [www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/2013/pm-2013-02-28/](http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/2013/pm-2013-02-28/))?

25. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Bundesbehörden wurden von der britischen Botschaft am 26. Oktober 2010 über das britische Atomkraftwerksvorhaben Hinkley Point C unterrichtet (bitte vollständige Angabe, falls mehrere; vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 78, Plenarprotokoll 17/224, Anlage 50), und welche Bundesbehörden haben nach dieser Unterrichtung am 26. Oktober 2010 gemeinsam oder jeweils für sich darüber entschieden, ob die Bundesregierung Großbritannien um eine entsprechende Notifizierung bzw. grenzüberschreitende Beteiligung bittet oder nicht (bitte jeweils mit Angabe des Entscheidungsergebnisses)?
26. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Formulierung neuer Ausnahmen in den Sanktionen gegenüber Syrien, die es ermöglichen sollen, der bewaffneten Opposition militärische Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, letztlich mit der Begründung erfolgt, dies diene dem „Schutz der Zivilbevölkerung“, und welche Maßnahmen wurden von der EU beschlossen, um – gerade vor dem Hintergrund der Entführung von UN-Kräften und aus den Reihen der Opposition verübten terroristischen Anschläge – sicherzustellen, dass die gelieferten Güter allein „für die Zwecke des Schutzes der Zivilbevölkerung“ (Beschluss 2013/109/GASP des Rates) verwendet werden?
27. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung (Auswärtiges Amt) bereit, der Fragestellerin den Runderlass vom 6. Dezember 2012 an die Auslandsvertretungen zur Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts 10 C 12.12 als Ablichtung zur Verfügung zu stellen (bitte begründen), und stimmt sie mir zu, dass die entsprechende Weisung für eine korrekte Umsetzung des Urteils enthalten muss, dass von Sprachnachweisen von vornherein abgesehen werden muss, wenn sie

absehbar aufgrund der persönlichen oder allgemeinen Umstände nicht innerhalb eines Jahres in zumutbarer Weise erworben werden können (Rn. 28 des Urteils: „in diesem Fall braucht die Jahresfrist nicht abgewartet zu werden“), so dass es fehlerhaft wäre, in jedem Fall Nachweise über einen vergeblichen mindestens einjährigen zumutbaren Spracherwerb zu verlangen (bitte begründen)?

28. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen oder Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Entscheidung der Schweizer Regierung, ein geplantes Rüstungsgeschäft über Waffenbauteile zwischen einem Schweizer Unternehmen und Saudi-Arabien nicht zu genehmigen, und hält die Bundesregierung die Begründung, dass mit den Waffen Menschenrechtsverletzungen begangen werden können, für zutreffend?
29. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die Einladung des paraguayischen Außenministers der De-facto-Regierung Paraguays angesichts der Tatsache, dass Vertreter der De-facto-Regierung bisher von keinem anderen Land eingeladen worden sind bzw. beim Iberoamerika-Gipfel 2012 von Cadiz/Spanien als unerwünscht ausgeladen und von MERCOSUR (gemeinsamer Markt Südamerikas) und UNASUR (Union südamerikanischer Nationen) bis zur Wiederherstellung der Demokratie ausgeschlossen worden sind?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

30. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Aufgaben werden den afghanischen Polizeikräften (inklusive afghanischer lokaler Polizei und ggf. Milizen) für die zukünftige Operationsführung in Afghanistan im Einzelnen zugeordnet (unter besonderer Berücksichtigung des Operationsplanes, der laut Unterrichtung durch die Bundesregierung ab 21. März 2013 in Kraft treten soll), und welche veränderten Aufgaben kommen in diesem Zusammenhang auf die im Rahmen von EUPOL Afghanistan oder dem bilateralen Polizei-Projektteam eingesetzten deutschen Polizistinnen und Polizisten zu?

31. Abgeordnete  
**Ulla  
Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Was genau hat sich in den vergangenen neun Monaten an der Lageeinschätzung der Bundesregierung in Bezug auf Rumänien und Bulgarien zum Negativen verändert, so dass sich Deutschland auf EU-Ebene nicht mehr aktiv, wie noch Mitte letzten Jahres, für einen stufenweisen Schengen-Vollbeitritt der beiden Länder einsetzt, und was genau liegt der Bundesregierung an belastbaren Informationen zu angeblichen Mängeln bzw. Korruption im Bereich der Grenzkontrollen und Visumerteilung in beiden Ländern vor?
32. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen über das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, und hat sich durch die Wahl von Enrique Peña Nieto zum Präsidenten etwas an der Verhandlungsposition der mexikanischen Seite verändert?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

33. Abgeordneter  
**Andrej  
Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Welche Kompromisse bzw. Positionsänderungen durch die neue Regierung Zyperns oder die Troika waren die Gründe für die Einigung in den Verhandlungen über Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus im Zuge des Eurogruppen-Treffens am 4. März 2013, und welche Rolle hat in den Verhandlungen die Frage gespielt, ob und inwieweit staatliche bzw. teilstaatliche zyprische Unternehmen privatisiert werden?
34. Abgeordnete  
**Lisa  
Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Berechnungen bilden die Grundlage für die Bedenken der Bundesregierung, die Finanztransaktionssteuer führe zu zusätzlichen Belastungen für durchschnittliche Sparerinnen und Sparer?
35. Abgeordnete  
**Lisa  
Paus**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Berechnungen und Schlussfolgerungen von Prof. Dr. Max Otte in seiner Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2010, denen zufolge die Einführung der Finanztransaktionssteuer zu sinkenden Gebühren

durch weniger Umschichtungen im Portfolio führte und dadurch insgesamt geringere Belastungen für durchschnittliche Sparerinnen und Sparer entstünden (bitte ausführlich begründen)?

36. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Stimmt die Bundesregierung mit der Sichtweise des Europäischen Gerichtshofes (Urteil vom 28. Februar 2013, C-168/11) überein, dass die Ermittlung des Anrechnungshöchstbetrags nach § 34c Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) unter Bezugnahme auf den Quotienten aus ausländischen Einkünften und der Summe der Einkünfte gegen die Kapitalverkehrsfreiheit gemäß Artikel 63 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verstößt, und plant die Bundesregierung diesbezüglich eine Änderung des § 34c Absatz 1 EStG?
37. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund erfolgt nach § 8 des Zerlegungsgesetzes lediglich eine Zerlegung der Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6, 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 EStG und nicht auch nach den übrigen Komponenten der Kapitalertragsteuer nach § 43 EStG (z. B. Kapitalertragsteuer auf Gewinnausschüttungen nach § 20 Absatz 1 Nummer 1 EStG), und inwieweit hält die Bundesregierung die derzeit praktizierte Zerlegung sachgerecht für die regionale Zuordnung der Kapitalertragsteuer zwecks Aufteilung auf die Gebietskörperschaften?
38. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Welche rechtlichen Beschränkungen existieren bei grenzüberschreitenden Organschaftstrukturen nach der Neuregelung durch das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, da üblicherweise nach ausländischem Recht keine Gewinnabführungsverträge abgeschlossen werden können, und welche Pläne verfolgt die Bundesregierung bezüglich der Einführung einer Gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage auf EU-Ebene?
39. Abgeordneter  
**Dr. Axel Troost**  
(DIE LINKE.)
- Welches Kriterium erachtet die Bundesregierung als ökonomisch zielführend, um bei Einkommenszuwachsen infolge von Inflationsausgleichen die individuelle Steuermehrbelastung zu quantifizieren, die auf die Effekte aus der kalten Progression entfallen, und mit welchem gesamtwirtschaftlichen Steuermehrauf-

kommen durch die kalte Progression rechnet die Bundesregierung jeweils in den Jahren 2011 bis 2014?

40. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann legt die Bundesregierung Eckpunkte für ein Familiensplitting-Modell vor – wie kürzlich von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, und der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, in Aussicht gestellt –, und mit welchem zeitlichen Horizont plant die Bundesregierung die Einführung?
41. Abgeordnete  
**Katja Dörner**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung für ein Familiensplitting, und ab welchem Einkommen profitieren beispielsweise Familien mit einem, zwei und drei Kindern im Vergleich zu heute?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

42. Abgeordnete  
**Dr. Martina Bunge**  
(DIE LINKE.)
- Welche nationalen und internationalen Studien liegen der Bundesregierung zu berufsbedingten Erkrankungen des Bewegungsapparates von Seeleuten (Hochsee) vor, und warum gibt es bislang keinen Eintrag zu Seeleuten in der Berufskrankheiten-Verordnung?
43. Abgeordnete  
**Anette Kramme**  
(SPD)
- Trifft es zu, dass die sogenannte Leitungsklausur des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 7./8. März 2013, auf der die inhaltlichen Schwerpunkte für das Kalenderjahr 2013 diskutiert worden sind, von der Beratungsgesellschaft McKinsey & Company, Inc. vorbereitet und durchgeführt wurde, und welche besonderen Vorteile hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durch die Nutzung der Dienstleistungen von McKinsey & Company, Inc. versprochen?

44. Abgeordnete  
**Anette  
Kramme**  
(SPD)
- Welche genauen Dienstleistungen hat das Beratungsunternehmen McKinsey & Company, Inc. bei der sogenannten Leitungsklausur des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am 7./8. März 2013 erbracht, und in welcher Höhe sind diese vergütet worden?



